Frohschammerstr. 14 D-80807 München Tel.: 089-359 86 50

Fax.: 089-359 66 22

Pressemitteilung 17.10.2003

Appell anläßlich der Regenwald-Aktionswoche:

Handel mit illegalen Holzprodukten umgehend verbieten

Zum Auftakt der Regenwald-Aktionswoche (18.10.-26.10) fordert Pro REGENWALD von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag endlich ein Verbot für Importe illegaler Hölzer. Dies ist die wichtigste Forderung eines gemeinsamen Aufrufes, mit dem 35 Organisationen an Bundesministerin Renate Künast appellieren, endlich durchgreifende Massnahmen gegen die globale Waldzerstörung durch den illegalen Holzhandel zu ergreifen.

Illegaler Holzeinschlag und Handel ist – neben dem legalisierten Raubbau - eine der Hauptursachen für die Zerstörung von Wäldern, insbesondere von Urwäldern. Illegaler Holzeinschlag vernichtet riesige Waldgebiete unwiederbringlich. Schätzungen zufolge stammt etwa die Hälfte der Tropenholzimporte in die EU aus illegalem Holzeinschlag und -handel. So gelten z.B. in Indonesien offiziell über 70% der Hölzer als illegal, in Brasilien sind es über 60%. Dasselbe gilt für ein Viertel der Holzimporte aus Nordwest-Russland. Die EU als weltgrößter Holzimporteur bezieht jährlich illegales Holz im Wert von 1,2 Milliarden Euro! Deutschland ist als großer Holzimporteur mitverantwortlich für diese Missstände.

Forst- und Holzindustrie sind der Motor des illegalen Holzeinschlags und damit verantwortlich für Korruption, massive Menschenrechtsverletzungen und Repression. "Die illegale Holzernte zerstört riesige Waldgebiete, bedroht die Biodiversität und vernichtet die Lebensgrundlagen der Bevölkerung in vielen Regionen," sagt László Maráz, Sprecher von Pro REGENWALD. "Die meisten Menschen hier können kaum glauben, daß der Import illegaler Hölzer in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor erlaubt ist. Wir erwarten von unserer Regierung, dass sie eigene Massnahmen ergreift und sich auch in den Verhandlungen des EU-Landwirtschafts- und Forstministerrats für schnelle und angemessene Beschlüsse einsetzt."

Die 35 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen fordern von der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass gegen den illegalen Raubbau nicht länger nur Absichtserklärungen veröffentlicht, sondern dass umgehend konkrete Schritte ergriffen werden. Diese Forderung beinhaltet auch strafrechtliche Massnahmen, damit das illegal geschlagene Holz wirksam vom Markt verdrängt wird.

Während der Regenwald-Aktionswoche, die von Pro REGENWALD vom 18.10. bis zum 26.10. bundesweit koordiniert wird, wird für weitere Unterstützung dieses Anliegens in der Bevölkerung sowie bei Handel und Wirtschaft geworben.

Appell im Wortlaut, weitere Infos: http://www.pro-regenwald.de und http://www.wald.org/was_tun oder telefonisch: László Maráz, Pro REGENWALD, tel 089-359 8650